

# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wiltz, Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 11

Donnerstag, den 26. Januar 1928

41. Jahrgang

## Undank ist der Welt Lohn.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen.

Am 25. Januar trifft der litauische Ministerpräsident und Außenminister, Professor Wolde-maras, zu wichtigen Besprechungen in Berlin ein. Gegenüber der hier in Aussicht genommenen Besprechung wird in erster Linie eine grundsätzliche Verständigung über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages und verschiedene damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen abgehandelt. Nebenbei sollen weitere deutsch-litauische Abkommen verhandelt werden, deren baldiger Abschluss durch den Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen nötig geworden ist. Hierbei gehören Abkommen über Grenzverkehr, Fischei, Wasserwirtschaft, Beamtenrechte, Benzin und Mineralien. Endlich wird auch die Frage des Rückkaufs eines Landes- und Bergbaurechts Gegenstand der bevorstehenden Besprechungen sein.

Die fünf Jahre, seitdem der uns im Versailles Frieden entzogene Freistaat Memelland ganz in litauischer Hand ist, bedeuten eine Kette fortwährender Verstöße gegen das Völkerrecht, das diesem Landchen die freie Selbstverwaltung zuspricht, bedeuten eine unablässige Verfolgung aller Deutschen, obwohl dort die Deutschen unter den 130 000 Einwohnern nicht bloß die Mehrzahl bilden, sondern durchweg den sozial und kulturell höher stehenden Teil der Bevölkerung darstellen. Auch die Massuren wollen von dem großlitauischen Regime nichts wissen — aber es wird eben mit brutaler Gewalt regiert.



Der litauische Ministerpräsident Wolde-maras.

Und das unmittelbar vor den Toren Deutschlands und durch die Gewalttaten eines Rändchens, das nicht einmal halb soviel Einwohner hat wie Berlin und außerdem seine ganze Existenz einzig und allein den Wirtschaften der Deutschen zu verdanken hat.

Es muß also vieles anders werden, wenn Wolde-maras, der Diktatorpräsident dieses Staatsgebildes von Verlaßlos Gnadens, jetzt nach Berlin kommt und das erreicht, was er zum mindesten anzustreben sollte: bessere Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen. Er wird daher als Gebender kommen müssen, nicht als Fordernder. Schon vom wirtschaftlichen Standpunkt aus; denn die Handelsbeziehungen des Landes sind fast nur agrarischer Natur und es ergeben sich im Warenanstand für unsere Industrie-Produkte nur geringe Absatzmöglichkeiten, ganz abgesehen von der Kleinheit des Landes und der geringen Aufnahmefähigkeit seiner Kultur nicht gerade sehr hoch stehenden Bevölkerung. 1926 führten wir nach Litauen — einschließlich Memelland — Waren im Werte von 42 Millionen aus und bezogen von dort Erzeugnisse im Werte von 40 Millionen, so daß man an uns nach verdiente. Aber das ist auch kein Wunder; denn dem Beispiel des sonst so verhassten polnischen Nachbarn folgend, hat es Litauen fertig bekommen, eine ganze Reihe von Einfuhrverboten mit hohen Zöllen zu delegen, in sogar deutschen Reichsangehörigen das Recht zum Landeinnahme zu verweigern, obwohl auf den Handelsstatistiken nach im Jahre 40 Einwohner einfallen. Auch für den Durchgangshandelsverkehr mit Ausland spielt Litauen gegenüber dem direkten Seeverkehr nur eine untergeordnete Rolle; als man sich in Somoja gar anmaßte, unsern Flugverkehr nach Moskau zu unterbinden, so betreten, da machen wir es wie jene Engländer, der vor handelsrechtlich Zahlen durch Deutschland fahrend, dabei fortwährend durch die Behörden ein eines anderen Rändchens befristet wurde und deswegen seinem Koffer jurist: „Johann, fahr' um das Land herum!“ So flohen unsere Flugzeuge denn einfach über Litauen weg. Litauen sucht vielmehr in Deutschland besseren und bequemeren Absatz für seine Warenprodukte, ist auch für den Durchgangsverkehr nach Westen auf deutsches Entgegenkommen angewiesen, da man den einzigen Hafen Memel aus durchgängigen nationalistischen Gründen möglichst verschließt.

Wollte ich die Stellung des Diktators Wolde-maras auch nicht gerade sehr hoch, was allerdings die Verhandlungen mit ihm richtig anzeigt, wiewohl er es überhaupt der Diktator? Eine kleine Gruppe von Offizieren hat die Armes hinter sich und nötigt dem „Diktator“ oft

mit Gewalt ihren Willen auf. Und draußen, in Lettland und in Polen, lauern die glühenden Gegner auf eine glückliche Gelegenheit zum Einbruch und Plünderung, welche Unterführung sie dabei von den Regierungen in Berlin und in Riga finden und noch finden, läßt sich natürlich schwer sagen. Hat sich doch der „Kriegszustand“ mit Polen nicht um ein Saar geendet trotz aller Beschlüsse und Dekrete, die hierüber auf der letzten Tagung des Völkerbundrates in Genève erlassen wurden. Und ganz unruhiger Vertragsgegner also, dieser Staatspräsident, dessen ganze Macht durchaus auf einem möglichst stark betonten großlitauischen Nationalismus beruht! Und seine Regierung wäre nicht die erste in Litauen, die einen Rufschrei zum Völkerruf.

Schon ein Paarmal sah er mit dem deutschen Außenminister am Verhandlungstisch; trotz aller Versprechungen ist aber nichts Gedeihens, das Schicksal der Deutschen im Memelland zu erleichtern. Er wird mit solchen Zusagen wohl auch jetzt nicht sparen; aber wichtiger sind uns jetzt Garantien für ihre Ausführung. — wobei es sich noch immer fragt, ob er sie, selbst wenn er wollte, auch wirklich ausführen kann.

## Regierungserklärung zur Schulvorlage.

Dreißig Millionen Reichsbeiträge.

Die fast bis zu einer Krise gezielten Schwierigkeiten, die bei der Behandlung des Reichsschulgesetzes namentlich zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei entstanden, konnten noch nicht beseitigt werden. Den Sachverhalt bilden dabei die Bestimmungen über die Schulfrist für die Schulpflichtigen in den süd- und westpreussischen Ländern, über die man sich nicht einigen kann. Nebenfalls ist der Welt unzulänglich befristet worden. Die Parteien sind übereingekommen, die Paragrafen, die zu Konflikten Anlass gegeben haben, abzuheben, vorläufig nicht weiter zu beraten, eine erste Lesung des Gesetzes aber trotzdem zu Ende zu bringen, und zwar, ohne diese Paragrafen zu erledigen. Nach einigen Tagen will man erneut eine Einigung versuchen. So geht denn die Arbeit am Gesetzentwurf weiter.

Am Verhandlungsausschuß des Reichstages begann die Ausprache über die Kosten der Vorlage, wenn der Entwurf des Reichsschulgesetzes durch den Reichstag angenommen würde.

### Reichsinnenminister von Kuehll

gab im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der er zunächst mitteilte, daß auch nach der geschehenen Unterteilung bei den Ländern es sehr schwer sei, die entstehenden Kosten richtig einzuschätzen. Der Minister fuhr fort:

Die Reichsregierung befreit nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und den Gemeinden, denen die Ausführung der Schulpläne obliegt, Mehrkosten verursachen kann. Ingefaßt der gesparten Finanzlage der Länder und der Gemeinden ist es berechtigt, den Ländern eine einmalige

### Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark

in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Überführung der jetzt bestehenden Schulverhältnisse namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden in den neuen Rechtszustand zu erleichtern. Ein voller Ersatz der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes etwa erfordert, insbesondere eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Mehrkosten für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes entstehen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erlaß dieses Gesetzes verursachen wird.

Da sich nicht verhalten läßt, wann den Ländern und den Gemeinden einmalig besondere Kosten erwachsen und welches Ausmaß sie in den verschiedenen Gebieten erreichen, so ist vorgezogen, daß das Nähere über die Art der Beteiligung von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgesetzt wird. Die schwierige Frage, nach welchem Schlüssel die Beteiligung der 30 Millionen an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vorzunehmen ist, kann an besten im Einvernehmen mit dem Reichsrat gelöst werden.

In der anschließenden Ausprache der Demotratik wurde zur Frage, es sei außer Frage, daß den Ländern die Gesamtkosten zu ersetzen seien. Der Sozialdemokrat Fleißner verlangte die Ansicht des Reichsfinanzministers zu hören. Minister v. Kuehll bittet, davon abzusehen, da ja die Erklärung des Reichsfinanzministers vorliege.

Ministerpräsident Kuehll meinte, die Ausführungen des preussischen Kultusministers, in denen er die Auffassung vertritt, daß es Ende der Reichsregierung sei, sowohl die Kosten zu übernehmen als auch zu tragen. Der Redner fuhr weiter aus, daß Preußen die Kosten nicht übernehmen kann. Der Vertreter der bayerischen Regierung schloß sich den Ausführungen Preußens über die finanzielle Frage an. Für Bayern sei der Verfall der Reichsregierung untragbar, es müßte auf vollen Ersatz der Kosten gesehen werden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird die Debatte abgebrochen und der Beschluß verfaßt.

## Die Diplomatenlaufbahn.

Neue deutsche Konstante.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Außenminister Dr. Erzberger bei Beratung des Etats des auswärtigen Amtes aus, daß bei den Prüfungen der angehenden Mitarbeiter mit Sorgfalt darauf gesehen werde, daß in dem Prüfungspläne die wirtschaftlichen Fragen eine besondere Rolle spielen. Der Minister warnte daher, das System der Soziallehre auszudehnen. Für die übrigen Vorkurse sei es dann nicht einzusehen, warum sie erst eine sorgfältige volkswirtschaftliche Ausbildung erhalten, wenn man dann nachher doch besondere Soziallehre für diesen Dienst in die Vorkurse einstelle.

Der Minister verwickelte dann zur Frage der Auswahl der Mitarbeiter, daß bei der Zulassung zur diplomatischen Laufbahn eine Differenzierung der Mitarbeiter nach ihrem Stande oder nach ihrem Elternhaus in keiner Weise stattfinden. Erforderlich sei es, wie wenig Eiche von Kaufleuten sich für den diplomatischen Dienst melden. In der Hauptsache seien die Bewerber Söhne von Beamten und aus Adelskreisen. Der Vizepräsident der Reichstagskommission des Adels antwortete aber nicht dem Preisrichter der Annahmen, sondern sei viel niedriger.

Nach längerer allgemeiner Ausprache wurde ein kommunikativer Antrag, die Vorkurse am Vatikan zu streichen, abgelehnt. Bewilligt wurden die neuen diplomatischen Konstanten für das Amazonasgebiet (Brasilien), Ostafrika (Japan), Ostafrika (Japan), Ostafrika (Japan) in Singapur, Sri Lanka und Westafrika in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Rest des Etats des auswärtigen Amtes wurde darauf genehmigt. Auch wurde ein neuer Titel in die einmaligen Ausgaben eingetrag, wonach für die Deutsche Liga für den Völkerverkehr 60 000 Mark bewilligt werden.

## Massnahmen gegen die Landwirtschaft.

Vor den nächsten Beschlüssen. Über die vorgeschlagene Kredithilfe für die Landwirtschaft beriet abernals der Interfraktionelle Ausschuss des Reichstages. Anwesend waren auch Reichsfinanzminister Dr. Kuehll und Reichsernährungsminister Göttele. Im großen und ganzen war man sich einig über die zu treffenden Massnahmen, doch kam man vor der einschließlichen Unterbrechung der Besprechungen noch nicht zu festen Beschlüssen.

Die Massnahmen für die Landwirtschaft sollen sich nach drei Richtungen erstrecken. Zunächst ist an eine Übernahme der Verwaltung der Rentenbankkredit durch das Reich gedacht. Die Höhe dieses vom Reich zu übernehmenden Verpflichtung beträgt schätzungsweise 70 bis 75 Millionen Mark. Sodann hat man an die Bereitstellung von Zwischentiteln gedacht, die es der Landwirtschaft ermöglichen sollen, Auslandsanleihen zu übernehmen. Das Reich würde in diesem Falle einen bestimmten Prozentsatz von dem Zinsfuß auf sich nehmen, während die Landwirtschaft den Rest zu tragen hätte. Drittens wird die Niederbringung von Steuererlösen als unumgänglich notwendig bezeichnet.

Die Verhandlungen ergaben Übereinstimmung in den Steuerfragen. Hier wurde die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu den von Seiten der Reichsregierung als möglich angesehenen Massnahmen, die die Übernahme der Rentenbank-Grundschuldbank in die Verhandlungen unter Einziehung der Rentenbankkreditanstalt, der Preußenkasse sowie des preussischen Landwirtschafts- und Finanzministers fortgesetzt werden. Hierbei wird die Frage der Zwischentitelübernahme durch das Reich für die genossenschaftlichen Kredit und die Einleitung der Umschuldung durch Auslandsanleihen zur Entscheidung gebracht werden. Ferner wurden auch Minderungen des Gefrierleischkontingents und entsprechende Grenzpreisen für lebendes Vieh, Beteiligung von Mittel zur Abfertigung und Produktionsverbesserung auf dem Gebiete des Schweinehandels.

### Rundgebung des Reichsländchens.

Die Führer des Reichsländchens waren Montag in Berlin und erklärten an die Öffentlichkeit eine Erklärung, in der es heißt:

Wir bilden keine Einheit landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die aus eigener Hand herbeizubringen können, insbesondere nicht den Absatz eines volkswirtschaftlichen Handelsvertrages, der nur auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen werden kann. Wir werden unsere Betriebe so schnell als die Wirtschaft des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen und alle nur irgendwie vermeidbaren Ausgaben an Bauen, Maschinen, Kaufkraft unterlassen. Wir haben zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, sondern aber Zahlung der Wechsel, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus den aufgenommenen Erträgen des Betriebes zahlen, es sei denn, daß ein Betriebsinhaber noch Einkünfte aus anderen Vermögenswerten hat. Gegen eine etwaige Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die nicht mehr weiter veräußert werden darf, sondern in unsere Hände zu verbleiben hat, werden wir von Fall zu Fall die uns nötig erscheinenden Massnahmen ergreifen.

## Für Sparfamkeit der Stadtverwaltungen.

Kultur des Städtetagsvorstandes. Der Vorstand des Deutschen Städteinstituts, der in Berlin an einer Sitzung zusammentrat, nahm einstimmig eine Entsch-

Schließung an, in der im Hinblick auf die angeführte Finanz- und wirtschaftspolitische Spannung an die deutschen Zentralverwaltungen die dringende Aufforderung gerichtet wird, jegliche vermeintliche Ausgabe zu unterlassen. Die deutschen Städte wollten im vollen Umfang der durch die Gesamtlage des deutschen Reichs bedingten Wirtschaft- und Finanzpolitik Rechnung tragen. Die Änderung der sozialen Not und die Überwindung der Wohnungsnot beanspruchten die äußerste Straffahrigkeit der Städte. Wenn sich durch die notwendige Ausdehnung der öffentlichen Leistungen und die Verengung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage der Wirtschaft ergeben, so liegt die Ursache in der Finanzpolitik des Reiches. Während die Wirtschaft eine Entlastung der Reallohnern verlangt und eine Reihe von Interessenfragen die Befreiung der ihnen unbenutzten Steuern betreffen und so die Gemeindecassas immer erneut eingeschränkt würden, setzen den Gemeinden auch in den letzten Monaten fortgesetzt neue Lasten auf. Das Reichsbudget für 1928 sei ungelöst. Das Reichsbudget für eine weitere wesentliche Verschlechterung zur Folge haben. Die von der Wirtschaft angeführte öffentliche Forderung nach einer entsprechenden Ausgabenbeschränkung sei unzureichend. Um so dringlicher sei die Durchführung einer organischen Reformationsreform in Reich und Ländern. Bei ihrer Vorbereitung müssten die kommunalen Interessen die gebührende Berücksichtigung finden.

### Reinrentenverfugung.

Beratung im Sozialpolitischen Reichsausschuss.  
Der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf zur Reinrentenverfugung, der von den Demokraten eingereicht ist, gelangte im Sozialpolitischen Ausschuss zur Beratung. Der Entwurf gibt den Kleinrentnern einen Mindestanspruch auf eine Rente, die nach Ortssätzen, nach dem Familienstand und nach der Höhe des verlorenen Kapitals abgemessen werden soll. Die Rente kommt monatlich im Voraus zur Auszahlung, außerdem ist Renten- und Vorbehaltsvermögen für Kleinrentner vorgesehen. Die Zahlung soll mit dem 60. Lebensjahr beginnen.

Der Regierungsvortrag gab die Erklärung ab, daß die Reichsregierung an ihrem Standpunkt festhalte, erst im Zusammenhang mit dem Reichsausschuss zur Verfassung der Kleinrentner Stellung zu nehmen. Dagegen nahmen nun auch die Regierungsparteien diesen Antrag an. So erklärte Frau Dr. Maß für die Deutsche Volkspartei, die Sicherung eines Rechtsanspruchs der Kleinrentner gegen das Reich sei bedeutungsvoll. An der Vergewissung des Entwurfs, der für die Zahlung von Renten eine Grenze von 10 000 Mark Vermögens bzw. 500 Mark Zinseinkommen vorsehe, werde man festhalten, aber für die in der Fürsorge verbleibenden Kleinrentner die Verfassung entsprechend auszufüllen müssen.

### Lohnrückzahlung im Ruhrbergbau.

25 000 Metallarbeiter streiken in Mitteldeutschland.  
In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände in Essen wurde festgestellt, daß Arbeitsabkommen für den Ruhrbergbau und die Vorkaufverträge für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 zu kündigen.

Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben durch Aufschlage in den Werken ihren Beschäftigten mitgeteilt, daß die Lohnrückzahlung und die Beschäftigten ausbezahlt werden. In Wismar und in Herzogentum, wo kleinere Betriebe in Betracht kommen, ist die Auszahlung bereits abgeschlossen.

Die Gewerkschaften hatten seinerzeit den Arbeitsvertrag im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik nicht für verbindlich erklärt. Es hat sich dabei von dem Umfang bestimmt, daß bis zu 10 Proz. zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und der Arbeiter nicht so groß war, daß eine Einigung ausgemacht werden könnte, und weil inzwischen auch etwa 25 000 Arbeiter in den Streit getreten waren. Das Reichsarbeitsministerium beobachtet den Fortgang der Angelegenheit weiter und hofft, im geeigneten Augenblick zu einer Verständigung beitragen zu können.

### Auslieferung und Kämpfe in Österreich.

Die Wiener Unternehmer im graphischen Gewerbe haben mit Ausnahme des Verlags der sozialdemokratischen Zeitung „Lichtblick“ infolge der veränderten politischen Verhältnisse die Auslieferung des gesamten Personal verweigert. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Graz.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Bekämpfung der Spalterparteien.  
Die Beratungen zwischen den großen Parteien über einen Gesetzentwurf über die Frage der Spalterparteien sind im Gange und werden sich voraussichtlich zu einem Gesetzentwurf verbinden. Alle bedeutenden Reichsparteien sind in der Sache wohl einer Meinung. Es ist u. a. vorgesehen, daß für jeden Wahlvorsatz eines Wahlkreises gefordert werden kann, daß er 100 Unterschriften Wahlberechtigter aus dem Wahlkreis aufweise, die die Hälfte der Stimmenzahl beträgt, die zur Erzielung eines Mandats notwendig war. Weiter ist vorgesehen, daß für jeden Wahlvorsatz eines Wahlkreises die Hinterlegung eines Geldbetrages gefordert werden kann, der der ungefähren Höhe der Stimmen entspricht.

Zugangssteuer in Preußen angekündigt.  
Im Verlauf der Verhandlungen des Hauptauschusses des Reichstages kündigte sich Minister Dietrich für den Gesetzesentwurf an. Ein der Kreisärzte wolle er beim Finanzminister versuchen, ob nicht eine bessere Regelung zu erzielen sei. Zum Schluß erklärte der Minister, es sei vielleicht die Einführung einer Zugangssteuer, z. B. einer Zugangssteuer, zur Erzielung von Mehreinkünften zu erwägen.

Sächsische Altpolitiker gegen Reichsbanner.  
Die mit vier Mandaten im Sächsischen Landtag vertretenen Altpolitiker haben wegen ihrer Abneigung gegen internationalen Verdringung in einem gewissen Gegensatz zu der Sozialdemokratischen Partei. Der Landesvorstand der Altpolitiker hat neben zu einem Beschluß des Bundesverbandes des Reichsbanners, von Altpolitiker die republikanische Staatsregierung abzuweisen, unter Protest Stellung genommen und seine Mitglieder aufgefordert, umgehend aus dem Reichsbanner auszutreten. Ferner hat der Landesvorstand der Altpolitiker die Partei beschließen, sich an der kommenden Reichstagswahl auch über die Grenzen Sachsens hinaus zu beteiligen.

Anfechtung der Waldecker Landtagswahl.  
Die Waldecker Partei „Der Wirtschaftsbund“ hat den Staatsanwaltschaft in Reichenbach anzuzeigen, inwieweit die

feitsklärung der Wahlen der Waldecker Landesvertretung. Begründet wird der Antrag, der sich auf ein juristisches Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Siegfried Frank a. W. und Prof. Franz-Warburg stützt, mit der angeblich ungerechtfertigten und ungesetzlichen Erziehung von Kandidaten des Wirtschaftsbundes seitens des Wahlvereins.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilchrist, ist von seiner mehrjährigen Reise nach den Vereinigten Staaten wieder nach Berlin zurückgekehrt. Berlin. Zu den von der ausländischen Konturren vertriebenen deutschen Firmen hätten Westfalen nach China abgelehrt, daß die Wiedereingliederung der deutsche Reparationsleistungen an China zu tun hat, auch einzelne Persönlichkeiten nicht.

Berlin. Die preussische Regierung wird voraussichtlich in einer Denkschrift ihre Auffassung über die Stellung Dr. Kautzsch im Verwaltungsrat der Reichsbahn darlegen.

Bremen. Reichsstaatsminister Dr. Gildemeier ist, als er nach Berlin fahren wollte, vor seinem Hause infolge eines Unfalls und für eine unglückliche, daß er sich ohne fremde Hilfe nicht mehr erheben konnte. Ein Arzt leitete den Transport ins Krankenhaus.

Berlin. Die deutsch-französischen Verhandlungen über das Wirtschaftsregime im Saargebiet sind nach Zeitungsmitteilungen auf einem Wege. Man wird in einiger Zeit wahrscheinlich feststellen können, daß die erforderlichen Schritte zur Befriedigung der beiden Länder nicht nur, allem dem anzuerkennen Bedürfnis des Saargebietes entsprechend besogen werden können.

Paris. Am 30. Dezember 1927 waren von Pariser Arbeitslosen auf Antrag einer Kund in Barcelona die Güter der Sozialistischen Partei beschlagnahmt worden. Wegen eines Parteimitglieds wurde vom Vorstehenden des Parteivorstandes die Beschlagnahmung zurückgenommen.

Oslo. Der König hat seinen Führer der Arbeiterpartei des Störtings, zu ihm und forderte ihn auf, die Möglichkeiten für die Bildung einer Arbeiterregierung zu untersuchen.

### Aus der Umgegend.

Neuba, 26. Januar.

Das anhaltend milde Frühlingwetter beginnt sich jetzt schon spürbar zu zeigen. In der Umgegend auszuwirken. Auf nahezu allen Bauplätzen, die infolge des im November dieser einfallenden strengen Frostes stillgelegt werden mußten, beginnt wieder das geschäftliche Leben, es wachen die Mauerer aus der Erde und wenn der richtige Frühling ins Land zieht, dann werden schon wieder einige Neubauten unter Dach stehen. Auch an der Wandelweiser Brücke wird seit einigen Tagen wieder gearbeitet, wenn auch unter erheblichen Bedingungen infolge des übernormalen Wasserstandes. Die Arbeiten sind soweit getrieben, daß die drei Strompfeiler in Beton vollendet sind und damit die schwierigste Arbeit fertiggestellt ist. Mit der Verfertigung für den Oberbau wird diese Woche begonnen, wiewohl dann, wenn die Witterung günstig bleibt, in etwa 6 Wochen beendet sein wird.

Die festliche Gans des Herrn Viehhändlers Heller, von der wir am 15. Oktober u. z. berichteten, daß sie im Laufe des vorigen Jahres einmal je 10 Gänschen von sehr gelegenen Gieren ausgebrütet und am 12. Oktober ihre dritte Legelampe begonnen hatte, ist weiter außerordentlich festlich gesehen und legt immer noch Eier. Bisher hat sie bereits 47 Eier seit Mitte Oktober vor. Jahres gelegt. Die Gans verdient sich somit ihr Futter, aber sie hat auch eine Herrschaft, die ihren Zögling anerkennt und ihr mit guter Pflege dankt.

Reinrentenverfugung. Auf Antrag des Zentralverbandes der Arbeitsschaffenden und -Wohnen Deutschlands sind die Reichstags für Sozial- und Kleinrentner rückwirkend vom 1. Dezember 1927 ab vom Kreisrat wie folgt erhöht:

- a) Sozial- und Kleinrentner:
  - für alleinstehende Personen 1 38,00 Mk., früher 38,00 Mk., für Ehepaare 50,00 Mk., früher 46,50 Mk., für Kinder bis 15 Jahren 7,50 Mk., früher 6,00 Mk., für selbständige Kinder (Waisen) 18,00 Mk.,
- b) Allgemeine Fürsorge:
  - für alleinstehende Personen 1 30,00 Mk., früher 24,00 Mk., für Ehepaare 45,00 Mk., früher 34,50 Mk., für Kinder bis 15 Jahren 7,50 Mk., früher 6,00 Mk., für selbständige Kinder (Waisen) 18,00 Mk.

Darum Ihr Sozial- und Kleinrentner helft auch Ihr mitkämpfen und werdet Mitglied des Zentralverbandes der Arbeitsschaffenden und -Wohnen Deutschlands.

### Der Kreisleiter.

Neue Wagen 4. Klasse, die von der bisherigen Form abweisen, werden jetzt zwischen Hof und Leipzig gefahren. Das Innere dieser Wagen macht durch die weiße Decke und die großen Fenster einen freundlichen Eindruck. Besonders begrüßenswert ist es, daß jedes Abteil dieser Wagen mittels elektrischer Lampen erleuchtet wird, wodurch eine Lichtfülle entsteht, die man bisher selbst in D-Zügen nicht kannte. Jeder dieser neuen, in Görlitz gehaltenen Wagen hat eine eigene Lichtanlage. — Selbstverständlich können nicht gleich auf allen Strecken solche Luxuswagen einsetzt werden, namentlich auf kurze Strecken, wie unsere Unfruchtbar, kommen zunächst nicht infrage.

Hinweis auf das Raubverbot. Um die Reisenden vor Schäden zu bewahren, sind darauf hingewiesen, daß in den Nichttaucher- und Frauenabteilen der Personenabteilung während der Fahrt unter keinen Umständen auch nicht unter Zustimmung der Wirtschenden, gerächt werden darf. Die Zugbegleitpersonal haben die Pflicht, bei Verstoß Strafgelder zu erheben. Das Strafgeld wird vom Schaffner sofort in bar eingezogen. In schweren Fällen, z. B. wenn ein Reisender trotz des Hinweises und nach Zahlung der Strafe in den Abteil weiterreist, kann der Reisende von der Fahrt ausgeschlossen werden.

Das 10. deutsche Sängerbundesfest in Wien. In Wien fand in diesen Tagen ein vom Hauptauschuss zur Vorbereitung des 10. deutschen Sängerbundesfestes einberufene Konferenz der Wiener und reichsbundigen Vereine statt. Schulrat Jasko machte in dieser Konferenz hochbedeutende Mitteilungen über den Fortgang der Vorbereitungen. Eine der schwierigsten Aufgaben hat der Wohnungsausschuss. Alle verfügbaren Plätze in den Hotels

und Gasthöfen sind durch den Ausbruch bereits festsitzend, und in Laubden und Luftreisen wird sofort, Wohnungen und Schlafstellen im Privatquartieren gegen eine Entschädigung von fünf Schilling pro Nacht und Zeit zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Wien öffnet alle Schulen, der Bund die Fachschulen, Kolonnen usw. für die Gäste. Die deutschen Sänger aus Amerika allein beanspruchen 2000 Zimmer. Der Verkehrsreisepass hat mit dem Transport von 92 000 Sängern aus Deutschland, 15 000 aus den Bundesländern, 8000 aus den Subeten und 3000 aus Amerika zu rechnen, weil letztere mit Gepäckraum nach Europa kommen. Einen der Hauptpunkte der Veranstaltung wird der große Festtag bilden, der sich nach einer Schlußkundgebung vor dem Burgtor über die Ringstraße zum Prater bewegen wird. Der Zug wird etwa acht Stunden in Anspruch nehmen.

Schulfeier an Jahns 150. Geburtstag? Die Deutsche Turnererschaft hat an die Regierungen des Reichs und der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem sie darauf aufmerksam macht, daß am 11. August 150 Jahre seit der Geburt des „Turners Jahns“ verfallen sein werden. Die Bedeutung Jahns für die Erziehung des Volkes sei gerade in neuerer Zeit mehr und mehr von Regierung und Volk anerkannt worden. Weite Bevölkerungsteile erwarten daher mit Bestimmtheit, daß man am 11. August des 150. Geburtstags Jahns festlich gedenke.

Nobelen. Die Gemeinderatsung am Dienstag Abend hatte nur eine kurze Tagesordnung, in die einleitende Verhandlung erledigt wurde. Nach Beratung der Niederschrift über die vorliegende Sitzung, gegen die Eingriffe nicht getätigt gemacht wurden, gab Herr Dr. Richter weiter Kenntnis von einem einseitigen Schreiben der Baukommission wegen des Beschäftigten in voriger Sitzung, für jede der im Dr. Richter anfallenden Versammlungen. Die Firma bittet in anderer das minimale Besatzungsantrittsamt in Betriebsstoff um eine Herabsetzung dieser Gebühr auf 10, aber schließlich auf 20 Mk. Die Verwaltung bewilligt auf Widerruf einen Satz von 20 Mk. je Säuber und Jahr. — Es folgte zur Beratung als erster Punkt die infolge Beschäftigung vom Kreisrat vorgeschlagene Eingliederung des Gutbesitzes Arbeiter-Nobelen in die Gemeinde Nobelen. Da es sich vorläufig nur um eine Zustimmung zu diesem Vorschlag handelt, alle Verhandlungen zwischen Gemeinde und Gutbesitzer über vermögensrechtliche Punkte für später zurückgestellt werden, war die Angelegenheit bald erledigt. Die Eingliederung wurde einstimmig genehmigt. Die Gemeinde erhält hiermit einen Einwohnerzuwachs von 3000 Seelen und da die jetzige Einwohnerzahl 2750 beträgt, wird der abkommene vereinigte Gemeindebevölkerung über 3000 Einwohner zählen und die Berechtigung erlangen, evtl. Stadträte zu ernennen. — Punkt 2 betraf den Verkauf weiterer Baustellen im Siedlungsgebiet an dem Schulacker. Für zwei Siedlungsgebiete sind Baustellen angeordnet (Herrn Namann/Gruhe jun., Wohnbeamter Grop). Da beide Baustellen für Gebäude bestimmt sind, die Erwerber somit nach 2 Fronten Strafenpflichten erhalten, schlägt der Dr. Richter im Gemeinderat die von der Baubeamtation vor, je eine Strafe auf Kosten der Gemeinde zu übernehmen, um eine Gleichstellung herbeizuführen und anderen Stadlern zu erreichen. Die Verwaltung stimmt diesem Vorschlag zu. Im Anschluß hieran wird von einem Bauvorhaben der Frau Karborf, Sanatorium (Wohnhofstraßen) vom Dr. Richter Mitteilung gemacht. Durch Vermittlung der Baubeamtation wird mit seinem Wunsch an das Kreisratliche Gaus angrenzenden Schloßacker stark besetzt wird durch Gewerbeschaffung eines Baues durch letzteren eine für die bedürftige Frau Karborf weit günstigere Situation zustande kommen. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, es ist aber die Aussicht auf gute Ergebnisse vorhanden. Frau Karborf würde dann eine für sie geeignete Baustelle angewiesen bekommen und auch noch einige Mittel übrig behalten. — Im Punkt „Mitteilungen“ teilt der Dr. Richter mit, daß die Gemeinde durch den Verkauf von vier Baustellen selber flüssig habe, für die Erstattungsbeiträge erworben werden müssen. Er bittet, im Mitteilungen über verfügbare Plätze gehen zu lassen. — Des weiteren gab er einige interessante statistische Zahlen bekannt. Bei der letzten Volkszählung vor 3 Jahren hatte Nobelen 2750 Einwohner, also fast wie heute. Es sind durch Siedlungsarbeiten 50 neue Wohnungen geschaffen, 35 sind im Bau und der Bau von 6 neuen Säulern ist geplant. Von einer Wohnungsumbau kommt heute noch mehr gesprochen werden. Die Nachfrage nach Wohnungen habe auch bedeutend nachgelassen und namentlich seien sich die eine Wohnung Anfordern bereits abgeneigt, in alte Häuser zu ziehen.

Nobelen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag morgen in der Choralmunnschloß der Gewerkschaft Nobelen. Der Arbeiter Robert Kimmopp aus Nobelen wollte im Hofplatz die Salzmagazine laden. Hierbei ist er unter das herunterfallende lose Salz gekommen und erlitt. Sofortige Wiederbelebungswende waren ohne Erfolg. Der so plötzlich ums Leben gekommene war verheiratet und vom Eintritt in die Dienste der Gewerkschaft lange Jahre als Werkführer in der Scholz'schen Riebeck-Werksniederlage tätig gewesen.

Ziegelroda. Am Donnerstag vor. Woche sich mit zwei Jahren gespannte Jagdwagen der Oberförsterei mit dem Auto des Oberförstereis Herrn Reitz kurz hinter Ziegelroda in Richtung nach Querfurt aufeinander. Der Jagdwagen wurde arg mitgenommen, die Insassen herabgeschleudert, zum Glück jedoch nur leicht verletzt. Die Pferde kamen ebenfalls ohne Schaden davon, weil die Deichsel abgedroschen war und so die Pferde frei wurden.

Donndorf. Zweite Wiederbelebung der hiesigen vakanten Pfarrstelle werden in nächster Zeit Probeprediger sich der Gemeinde vorstellen. Am 12. Februar hält eine Hauptversammlung statt, nach der die Pfarrstelle als Hauptverwalter bestimmt, dann predigt am 19. Februar Herr Pfarrer Jacob aus Weiskirchen und am 26. Februar Herr Pfarrer Weg aus Weiskirchen (Wannschweig). Nach Anhörung der Gemeinde wird alsdann der Kandidat Herr von Kirchberg eine bis vier Monate präsensieren.

Oberschönm. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Versammlung des Gemeindeausschusses, war der Besatzungsraum bis auf den letzten Platz besetzt. Besetzt wurden von 37 Bewerbern von 2000 bis 4250 Mk. (I) abgelehnt. In der letzten abgelehnten Bewerberliste wurde der Zuschlag dem abgelaufenen Bewerber Herr Pfarrer, Angestellter im Hotel „Goldene Kugel“, Halle, erteilt.

**Zur Bereitung von Suppen und Soßen**

verwendet die Hausfrau vorzuziehend

**MAGGI'S Fleischbrüherfäuel**



**Sangerhausen.** Die Stadt hat dem Verschönerungsverein die mildromantische Aldehlschlucht zur Erweiterung des Parkraums, des berühmten Volksgartens am Südhof, überlassen. Auch die städtischen Anlagen sollen weiterhin angemessen ausgebaut und mit Sitzgelegenheit versehen werden.

**Sangerhausen.** Seinem Leben ein Ende gemacht, hat der Apoplektiker Herr Karl Rade von hier. Was den erst 19jährigen jungen Mann zu diesem Schritt getrieben hat, konnte nicht ermittelt werden.

**Halle.** Ein anscheinend geistesgestörter Mann hält die Bevölkerung durch Brandstiftung in Aufbruch. Er steigt des Morgens in Barockwagenen ein, legt sich in das Bett der Frau, treibt alsdann Alotria, zerschlägt das Bett und stößt es, nachdem er es mit Benzin besogen hat, an. Dann verschwindet er wieder. Man zehnt fällen hat der Mann schon dieses Spat verübt. Man hat seiner bisher noch nicht habhaft werden können.

**Leipzig.** Am Dienstagvormittag ereignete sich im Betriebe einer Firma in Leipzig ein Fahrgastunfall mit tödlichem Ausgang. Der 62 Jahre alte Arbeiter Eugen S. war damit beschäftigt, Fahren zu transportieren. Hierzu benutzte er eine kleine Röhre, die er auf einen Fahrgast fuhr, um sie nach dem ersten Stoß zu bringen. Der Fahrgast, der durch einen Strick bedingt war, war geschossen. Im Abwehnen des Fahrgastführers hat S. ihn geöffnet und nach oben fahren wollen. Unterwegs ist vermutlich die Röhre ins Klappen geraten und hat S. zwischen Fahrgast und Güter gedrückt. Erst um 1. Stod kam der Fahrgast infolge der durch den Unfall entstandenen Vertriebsstörung zum Stehen. Der Unglückliche brach beide Beine und erlitt schwere innere Verletzungen an denen er bald nach der Entlieferung im Krankenhaus verstarb.

**Pegau.** Die 23jährige Dienstmagd B. aus Carsdorf hatte am 3. Juni 1927 in Leipzig Zwillinge geboren. Am 13. Juli hat sie dann die Kinder aus dem Krankenhaus in Leipzig abgeholt und auf dem Bahnhofs Krautbaum im Frauenort durch die Schote in die Grube geworfen. Die A. sowie ihr Bräutigam, der Mitwisser der Beleidigung der Kinder sein soll, wurden festgenommen und dem Amtsgericht Pegau zugestellt.

**Witten.** Innerhalb weniger Wochen ereignete sich in der hiesigen Gegend zwei tödliche Unglücksfälle beim Feueranmachen mittels Spiritus. Vor etwa 14 Tagen fand der 70jährige Rentner Max auf diese Weise den Tod; am Sonnabend ereilte in Großmüchleben die 21jährige Frieda Ehrhardt das gleiche Schicksal. Die benutzte Spiritusflasche explodierte, die Kleider der Unglücklichen fingen Feuer und sie trug so schwere Brandwunden davon, daß sie gestorben im Krankenhaus durch den Tod von ihren Schmerzen erlöst wurde.

**Der Kritiker.**

O holde Muse, wen du gefühl, der erkennt was echte, reine Kunst wohl ist.  
Wenn leise erklingen Beethoven, Mozart, Bach's und Strauß'sche Weisen durch den Raum.  
Ist man ganz Ohr und lauscht wie im Traum  
Wel jeder impassanter Lust, beschwingt, leise oder schnelle.  
Denn Herr dort am langen Tisch macht sich Notizen, zieht Strich für Strich.

**Sohr der Knecht**

ROMAN VON ARNO FRANZ



UNVERBRECHT SCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(8. Fortsetzung)

„Aber, aber ist nicht nur deshalb arm, weil uns das ward, was wir nicht verdient haben.“  
„Warten Sie mal! — Das muß ich erst verdauen.“ lachte Fraulein Kerst und lallete die Hände überm Ärmel.  
„Es war das erstemal, daß Sohr mit ihr allein sprach, unter den Augen ihrer Herrin war sie zurückhaltender, fast ärmel und bedrückt.“  
„Im Welschen Frau Rabens Sprach sie nur das, was sie mußte. Ob sie sich beengte fühlte in ihrem Wirkungsstreife oder ob sie sich der Herrin gleich achtete an Können und Besitz? Bauern sind oft fonderbare Leute und wie Könige stolz.“  
„Wie sie lo das, nachdachtlich, sinnend, den Kopf gegen den Baumstamm geleht und die dunklen Augen, die wie wieder Sammet waren, in weite Fernen gerichtet, sah sie sehr hübsch aus.“  
„Das hab's.“ lachte sie zu Sohr, sah ihm gerade in die Augen und ihre Stirn im Hang dunkel, als sie fortjühr: „Soll es Ihnen lo erlangen?“  
„Ich glaube.“  
„D.“ lachte sie bedauernd und nach einem langen Schweigen fragte sie leise: „Und deshalb find Sie hier?“  
„Warum laien Sie: es scheint lo? Warum laien Sie nicht ja oder nein? Ist es Ihnen denn so sehr unangenehm, wenn ich frage?“  
„Das nicht, aber man spricht nicht gern von Vergangenheit.“  
„Warum nicht? Es ist das einzige, worin wir nicht irren, wenn wir ehrlich find, weil es das einzige ist, was wir wissen. Und wenn das Vergangenheit nicht war, wie wir es wünschen, lo lag das selten an uns, vorausgesetzt, daß wir ein Gewissen hatten und nach ihm gehandelt hätten.“  
„Sie reden viele Worte, junge Dame.“  
„Gutlein Kerst wurde unwillig.

Im Eifer die Zigarre als Pfeiff benutzt — wer lacht denn da — Erhebt er sein Auge und ist ganz bedrückt. Man kann sich doch irren und Fehler begehn.  
Und mitten im Konzent gibt's Kurzschluß, das Licht nicht mehr brennt. Was nützen nun Noten und Programm. Einen Marsch, so wird es wohl gehen —  
Ich kenn' doch diese Wesen, wo hab ich sie bloß gesehn — vielleicht Däbel? —  
Im Dunkeln kenn ich mich nicht aus — ist es vielleicht Strauß? Ich frage — und wage mein Renomme als Kritiker, ob weh! Nein, es ist doch, und jeder weiß: dieser Marsch „Alte Kameraden“ heißt.

**Rah and Fern.**

○ Der Typhus in Dünigen. Im Kreise Alfred find vier weitere Typhusträger ins Granauer Krankenhaus eingeliefert worden. Die Gesamtzahl der Typhusträger beträgt 22. Gestorben ist bisher eine Person. Geheimrat Kempflein vom preussischen Ministerium für Volkswohlfaht beacht sich nach Dünigen, um an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Es wurde festgestellt, daß die Erkrankten leider Tot sind.

○ Tierkampf auf offener Straße. Eine Hauptstraße in Madrid war der Schauplatz eines Tierkampfes, da zwei Tiere ausgezogen waren und die Straße entlaragierten. In ihrer Angst schlossen die Zuschauer ihre Türen, eine Frau wurde getötet und mehrere Personen verwundet. Ein zufällig vorbeikommander Tierkämpfer verdaßte sich aus einem Wäffeln einen Zabel und schloß einen der Tiere auf den ersten Hieb. Der andere wurde eingeschlagen.

○ Ein deutscher Schlepptanker mit Besatzung gefunten. Der Dampfer „Mauritius“ von Hamburg, neus deutscher Schlepptankers „Albatros“ von Gibraltar nach Bergen unterwegs war, meldet, daß der „Albatros“ im Orkan gefunten ist. Die ganze zehn bis zwölf Personen starke Besatzung ist ungetanont. Die „Mauritius“ befand sich in außerordentlich schwerer Lage, da sie kein Feuer unter den Kessel hatte und sich nur sechs Personen an Bord befanden.

○ Festnahme von Verbrechern falscher Zweimarstücke. In Köln wurden ein Zubrnehmer und ein Händler festgenommen, die falsche Zweimarstücke angefertigt und in den Verkehr gebracht haben. Die Feststellungsmaterial wurde in einem Einlage des Zubrnehmers vorgefunden und beschlagnahmt. Die veransachteten falschstücke tragen die Jahreszahl 1926 und das Münzzeichen A.

○ Doppelhehdt im Untersuchungsgefängnis. Im Untersuchungsgefängnis der Sigoswaldschicht Budapest gab es eine Doppelhehdt. Der eine Bräutigam war der wegen Wechselfälschung und Unterschlagung angeklagte ehemalige Bankier Ladislaus Katmar, der zweite war ein Verwandter.

○ Eine Milliardärsfamilie folgt der anderen. In New-York wird die Hochzeit zwischen John Morgan, neus Besitzer des Bankiers Pierpont Morgan, mit Frau Rachel Littleton Vanderbilt angeündigt. Bis vor wenigen Monaten war die Frau Morgans die Frau von Cornelius Vanderbilt jun., eines Mitgliedes der anderen amerikanischen Milliardärsfamilie.

○ Zwei Knaben im Eis eingekrochen und ertrunken. Ein vierzehnjähriger Knabe, der sich mit einem gleichaltrigen Kameraden auf dem Eise eines Damms in der Nähe der Domäne Fredrberg bei Hamburg tummelte, brach plötzlich ein und verlor sich unter der Eisschode. Bei den Bemühungen, ihn zu retten, brach auch der zweite Knabe ein und beide ertranken.

○ Eine 114 Köpfe starke Familie beerdigt die Megrommten. Zum Begräbnis eines sechsjährigen Knaben, die in Göttingen im Ostland gestorben war, erschienen zehn Kinder, 46 Enkel und 58 Urenkel. Das Alter der Kinder ist 74 Jahre alt.

**Abzug eines Militärflugzeuges bei Genf.**

Thun. Anlaßlich eines Abzugsfluges über der Almense führte der Abzugschwärm Carier mit einem Militärflugzeug ab. Der Pilot war ein junger Mann, der geflogen und führte noch zwei 2000 m aus, als sich verunfallte infolge Bruches der hinte Flügel löste und der Apparat in die Erde stürzte. Das Flugzeug schlug bei der Kollision auf das Wasser auf und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot war sofort tot. Seine Leiche wurde in die Are geschleudert und vollständig zerstückelt.

„Schon wieder diese Ironie. — Nehmen Sie mich nicht für voll.“  
„Bin ich ironisch?“  
„Wie müssen Sie verbittert sein, daß Sie das nicht empfinden.“  
„Sie dürften irren, Fräulein Kerst, ich bin vollkommen zufrieden.“  
„Augenblicklich vielleicht, weil Sie ausgeführt sind. An Wochenenden, mit dem Tod im Nacken, ist es offensichtlich, daß Sie es nicht sind.“  
„Woraus wollen Sie das schließen?“  
„Aus Ihrem Sich-Beden, aus allem, was Sie tun und lassen.“  
„Zum Beispiel?“  
„Wenn ich lebe, mit welcher Unlust, fast könnte man sagen körperlichen Qual, Sie sich zu Tisch setzen, müßte man schon mit geistiger Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht leine Schlässe ziehen wollte.“ „Und die wären?“  
„Das Sie noch nie in einer Gelfendlaube gesessen und nur von gebeten Tisch geessen haben.“  
„Sie beobachten mich?“  
„D. ich sehe noch mehr. Nur darüber bin ich mir nicht klar, warum Sie alle, die auf Zinkenhschlagen, bis auf zwei, ostentativ ablehnen.“  
„Wer sind die zwei, Fräulein, die ich nicht ablehne?“  
„Der kleine Raben und der alte Hingelmann. Der Jüngste und der Bestelle und ausgeserdert der Herrenhohn und der Schwoinefresser.“  
„Es wird schon seinen Grund haben.“  
„Dessen bin ich überzeugt. Darf man ihn wissen?“  
„Die Frage war Sohr peinlich. Was gingen dem Mädchen leine Gedanken und Empfindungen an? Was kummerte es sie, daß er leine eigenen Wege ging und sich ablehnt hielt? War ihr Hingelmann eigener Eingebung entfrungen oder fragte sie ihn in anderer Zukunft? Wollte sie sich mitteilen oder sollte sie horchen?“  
„Hingelmann blühte Sohr das Mädchen an.  
Dieses ahnte leine Gedanken und eine leichte Note färbte leine Wangen, als er lachte.“  
„Wenn Sie nicht antworten mögen, Herr Sohr, lassen Sie es. Ich frage aus Teilnahme und nicht aus Neugierde. Die Neugierde wird ungebührlich, die Teilnahme kann sich behagen.“  
„Nun denn,“ begann Sohr, „wenn Sie aus Teilnahme fragen, sollen Sie die Antwort hören: Sind ärmer wie ich, der eine an Erfahrung und Liebe, der andere an allem, was einem Menschen vor anderen wenigstens die kleinste Bedeutung zu sichern vermag. Beiden kann ich etwas geben und beiden bin ich etwas.“  
„Und allen anderen sind Sie nichts oder wollen Sie nichts sein?“  
„Wenn ich die anderen besser kennen würde, vielleicht.“  
„Sie kennenzulernen haben Sie kein Bedürfnis.“  
„Nein! Man muß mit schon entgegengemommen. Ich dränge mich nicht auf und freude mich auch nicht gern an. Es muß schon ein Mensch lehr in Not sein, innerer und äußerer, und Not im weitesten Sinne genommen — bevor ich mich nach ihm umsehe.“  
„Das verteidige ich nicht recht. Nach Menschen, die nicht in Not sind, werden Sie sich nicht um.“  
„Nicht mehr, Fräulein Kerst. Früher habe ich mich zu wollen auch nach anderen umgesehen, nach schönen, lebenswürdigen, leuchtenden oder klugen Menschen. Heute ist das vorbei.“  
„Und der Grund?“  
„Enttäuschung! Man merkt nur zu bald, daß es mit Schönheit, Lebenswürdigkeit und Klugheit nicht weit her ist. In der Regel ist man dem Schein nachgegangen und hat sich blenden lassen. Die Not ist die einzige Wahrheit. Die Not ficht man immer und meilenteit selbst durch Finger. Die Schamlose, weil sie zu verbergen niemand infindende ist.“  
„Sohr schämte und Fräulein Kerst steifte aufstimmend vor sich hin, dann sagte sie offen und leicht.“  
„Die Niedrigkeit ihrer Ansicht finde ich an Ihnen befallig.“  
Und Sohr erwiderte ernst: „Dorum, mein Fräulein, hüben Sie sich vor der Not.“  
„Nun, wenn Sie heute nach der Straße.“  
„Dort kommt der andere Frau.“  
„Wahrhaftig! Und bringt Besuch mit. Nun ruft die Pflicht. Die Automaten werden aufgezoogen.“  
Beide gingen nach dem Hof, behillich zu sein beim Aussteigen und Wippen, denn Frau Raben war ohne Kutscher gefahren.  
Sohr öffnete das Tor. Ohne warten zu müssen, fuhr die Herrin von Zinkenhschlagen an der Freitreppe vor.  
Neben ihr sah ein Herr, lehr steif und lehr elegant, mit hohem Gehack und einer Nale, die wie der Schalack eines Gebeltes schämte. Man hätte annehmen können, der Fremde habe nicht genug an einem, oder sei frant, lo haer wir er. Da er aber mit Frau Raben fuhr, traf das erstere kaum zu, und da die Haut braunrot getönt war und gelblich auslief, das lehtere nicht.“ (Fortsetzung folgt.)

**Auslösung eines eilfährigen Gemeinderates.**  
Paris. Der Minister hat auf Vorschlag Poincaré ein Verbot betreffend die Auslösung des Gemeinderates von Saguenay wegen feiner Haltung in der Autonomiefrage genehmigt. Dem Gemeinderat wird zur Zeit keine weitere Entscheidung abgelehnt zu haben, von denen die eine die Wiederberufung der vor 1870 in Saguenay gemachten Stadtsachen forderte, die andere eine Gleichmährdarsche auf die Regierung anlässlich ihrer Maßnahmen gegen die Autonomiefrage.

**Die Nichts des Papstes erwidert.**  
Mailand. Eine kirchbare Klant hat sich in Mailand ab. Die Nichts des Papstes, Fräulein Annelina Rossi, eine Tochter des Mailänder Seidenindustriellen Fermo Rossi, ist in ihrer Werbung von einem Einbrecher erschlagen worden. Bisher ist es der Polizei noch nicht gelungen, dem Täter auf die Spur zu kommen.

**In einer Stille vergraben.**  
Jansburg. Hier hat sich ein 21jähriger Arbeiter namens Emil Rozier Sonntag nachmittags in einer Mine, die zusammengekauert 64 Zentimeter groß war und in der er nur zu Gesicht gekommen war, in einem 2,5 Meter tiefen Erdloch eingegraben lassen. Er war durch ein Telefon mit einer in der Nähe befindlichen Villa verbunden und wollte bis zum 20. 10. 15 Stunden in der Mine bleiben. Die Polizei wurde am Montag feine Ausgrabung. Die Erde über ihm war bereits zugeregt. Er hatte, bloß mit einer Hufe bekleidet und mit einer Decke bedeckt, bereits zwölf Stunden in der Mine zugebracht. Rozier wurde in die psychiatrische Klinik gebracht.

**Albert Thomas beim Reichsarbeitsminister.**  
Genf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Thomas, besuchte auf seiner Durchreise von Oberstschien nach Genf den Reichsarbeitsminister Dr. Braun.

**Das Gnadenerlöschen im Vorprozeß Wilms.**  
Berlin. Eine Entschlebung des preussischen Staatsministeriums darüber, ob hinsichtlich der im Zusammenhang mit dem Vorprozeß Wilms erzoogenen Todesurteile gegen Oberleutnant Schulz, Stapphoff, Umboer und Führmann von dem Begnadigungsrecht befreit werden soll, ist noch nicht erfolgt. Dementsel ist das zur Vorbereitung dieser Entscheidung erforderliche Gnadenerfahren noch nicht abgeschlossen. Aus der Tatsache, daß die Bezuertheilten nach Restitutions des Urteils aus dem Unterlichungsgefängnis in das Strafgefängnis übergeführt worden sind, kann ein Entschloß, im Hinblick auf den Ausgang des Gnadenerfahrens nicht gezogen werden. Es sind in letzter Zeit verschiedentlich Befreiungen im Gange gewesen, eine Begnadigung der zum Tode Bezuertheilten herbeizuführen.

**Bermischtes.**

— **Kampf mit dem Dreizehnten.** Unter dem Dreizehnten ist hier der dreizehnte Tag des Monats zu verstehen und man weiß ja, was es damit auf sich hat. Es ist nach vieler Glauben Unglück mit dem Dreizehnten verbunden, und wenn, wie in diesem Januar, der Dreizehnte gar noch auf einen Freitag fällt, ist das Unglück gar nicht abzusehen. Aber es gibt Menschen, die sich von dem Dreizehnten auch unter erschwerten Umständen nicht fürchten und den Kampf mit ihm aufnehmen. In London bilden diese „Helden des Alltags“ sogar einen richtigen Verein, der an jedem dreizehnten Monatsstag eine Sitzung abhält und den Tag verurteilt. Am 13. Januar nun verurteilten sich dreizehn Vereinsmitglieder zu einem Festessen in einem Restofaal, der ein Sohn war auf alles, was es ein abergläubiger Mensch glauben muß. Bei der Aufschmückung des Namens war alles verwendet, was als unheimlich-bekümmert gilt. Ausgeschloffe Vogel und ausgeschloffe Fleischstücke hingen an den Wänden und physisch erschienen, von mehreren Dienenen in einem steifem geführt, zwei weiße Gel im Saal. Die Besuche auf dem Tisch waren freuzweise übereinandergelegt, was bei allen abergläubigen Menschen als toderbündend gilt. Auf dem Tisch war Wein vergossen und vor diesem gelaubhaften Tisch saßen die dreizehn tapferen Männer gar mit aufgeschauerten Gesichtern. Nach weiße Rosen, die gefürchteten Entenblumen, waren da. Es waren also alle Voraussetzungen für eine Katastrophe gegeben und diese Katastrophe trat auch wirklich ein: einer der Gel — es ist hier von einem der beiden vierzeiligen die Rede — sprang physisch mitten auf den Tisch und zerbrach sich ein Bein in ein Entschickel. Das hatte zur Folge, daß der ganze Tisch in Trübel geriet und die dreizehn Verursacher des Schicksals von Bratenlohe triefen. Also, wie gesagt: man soll mit dem Dreizehnten nicht Wägen machen.



# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 16 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 11

Donnerstag, den 26. Januar 1928

41. Jahrgang

## Undank ist der Welt Lohn.

Die deutsch-litauische Verhandlungen.  
Am 25. Januar trifft der litauische Ministerpräsident und Außenminister, Professor Woldemaras, zu mehreren Besprechungen in Berlin ein. Gegenstand der hier in Aussicht genommenen Besprechungen wird in erster Linie eine grundsätzliche Verhandlung über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages und verschiedene damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen sein. Bisherem sollen weitere deutsch-litauische Abkommen verhandelt werden, deren baldiger Abschluss durch den Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen nötig geworden ist. Weiter reichen Abkommen über Grenzverkehr, Fischerei, Wasserwirtschaft, Seemannsfragen, Pensionen und Militärenten. Endlich wird auch die Frage des Abfalls eines Schieds- und Vergleichsvertrages Gegenstand der bevorstehenden Besprechungen sein.  
Die fünf Jahre, seitdem der uns im Verfallenen Frieden entriffene Grenzort Memelland ganz in litauischer Hand ist, bedeuten eine Reihe fortdauernder Verstöße gegen das Völkerrecht, das diesem Landchen die freie Selbstverwaltung zuspricht, bedeuten eine unablässige Verfolgung alles Deutschen, obwohl dort die Deutschen unter den 150 000 Einwohnern nicht bloß die Mehrzahl bilden, sondern durchweg den sozial und kulturell höher stehenden Teil der Bevölkerung darstellen. Auch die Maßnahmen wollen von dem großlitauischen Regime nichts wissen — aber es wird eben mit brutaler Gewalt regiert.



Der litauische Ministerpräsident Woldemaras.

Und das unmittelbar vor den Toren Deutschlands und durch die Genothhaber eines Völkchens, das nicht einmal halb soviel Einwohner hat wie Berlin und außerdem seine ganze Existenz einzig und allein den 23 Affenriaten der Deutschen zu verdanken hat.

Es muß also vieles anders werden, wenn Woldemaras, der Diktatorpräsident dieses Staatsgebildes von Versailles Gnade, jetzt nach Berlin kommt und das erreicht, was er zum mindesten anzubahnen hofft: bessere Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Art zwischen Deutschland und Litauen. Er wird daher als Gebender kommen müssen, nicht als Forchtender. Schon dem wirtschaftlichen Standpunkt aus; denn die Handelsbeziehungen des Landes sind fast nur agrarischer Natur und es ergeben sich im Warenverkehr für unsere Industrie-Produkte nur geringe Absatzmöglichkeiten, ganz abgesehen von der Kleinheit des Landes und der geringen Aufnahmefähigkeit seiner Kultur nicht gerade sehr hoch stehenden Bevölkerung. 1926 führten wir nach Litauen — einschließlich Memelland — Waren im Werte von 42 Millionen aus und bezogen von dort Erzeugnisse im Werte von 49 Millionen, so daß man an uns noch verlor. Aber das ist auch kein Wunder; denn dem Reichet des Tonk- und verarbeiteten politischen Nachbarn folgend, hat es Litauen fertig bekommen, eine ganze Reihe von Einfuhrverboten mit hohen Zöllen zu belegen, ja sogar deutschen Reichsangehörigen das Recht zum Landeintritt zu verweigern, obwohl auf den Quadratkilometer Landes knapp 40 Einwohner entfallen. Auch für den Durchgangshandelsverkehr mit Russland bietet Litauen gegenüber dem direkten Seeverkehr nur eine untergeordnete Rolle; als man sich in Romm gar annahm, unsern Flugverkehr nach Moskau Schwierigkeiten zu bereiten, da manien wir es nie jener Engländer, der, vor kühnflüchtigen Jahren durch Deutschland fahrend, dabei fortbauend durch die Reichslande ein eines anderen Landes befristet wurde und deswegen seinen Koffer zurück: „Johann, fahr' um das Land herum!“ So flogen unsere Flugzeuge denn einfach über Litauen weg. Litauen sucht vielmehr in Deutschland besseren und bequemen Absatz für seine Agrarprodukte, ist auch für den Durchgangsverkehr nach Westen auf deutsches Entgegenkommen angewiesen, da man den einzigen Hofen Memel aus durchsichtigen nationalpolitischen Gründen möglichst vernachlässigt.

Vollständig ist die Stellung des Diktators Woldemaras auch nicht gerade sehr fest, was überdies die Verhandlungen mit ihm rechtlich unklar macht. Bisher ist er überhaupt der Diktator? Eine kleine Gruppe von Offizieren hat die Armeen hinter sich und nötigt den „Diktator“ oft

mit Gewalt ihren Willen auf. Und draußen, in Lettland und in Polen, lauern die geliebten Gegner auf eine günstige Gelegenheit zum Einbruch und Raub; welche Unterstützung sie dabei von den Regierungen in Berlin und in Wien fanden und noch finden, läßt sich natürlich schwer sagen. Hat sich doch der „Kriegszustand“ mit Polen nicht um ein Haar geändert trotz aller Beschlüsse und Dekrete, die hierüber auf der letzten Tagung des Völkerbundes in Genf zugabe geäußert wurden. Ein ganz anderer Vertragsgegner also, dieser Staatspräsident, dessen ganze Macht durchaus auf einem möglichst stark betonten großlitauischen Nationalismus beruht! Und seine Regierung wäre nicht die erste in Litauen, die einen Putsch zum Opfer fiel.

Schon ein Paar mal sah er mit dem deutschen Außenminister an Verhandlungstisch trotz aller Versprechungen ist aber nichts gekommen, das Schicksal der Deutschen im Memelland zu erleichtern. Er wird mit solchen Zusagen wohl auch jetzt nicht sparen; aber wichtiger sind uns jetzt Garantien für ihre Ausführung. — wobei es sich noch immer fragt, ob er sie, selbst wenn er wollte, auch wirklich ausführen kann.

## Regierungserklärung zur Schulvorlage.

Dreißig Millionen Reichsbeiträge.

Die fast bis zu einer Krise gediehenen Schwierigkeiten, die bei der Behandlung des Reichsschulgesetzentwurfes namentlich zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei entstanden, konnten noch nicht beseitigt werden. Der Hauptstreitpunkt bilden dabei die Bestimmungen über die Schulpflicht für die Sinaulansschulen in den süd- und westdeutschen Ländern, über die man sich nicht einigen kann. Jedemfalls ist der Punkt vollständig beseitigt worden. Die Parteien sind überein gekommen, die Paragrafen, die zu Konflikten Anlaß gegeben haben oder geben könnten, vorläufig nicht weiter zu beraten, eine erste Lesung des Gesetzes aber trotzdem zu Ende zu bringen, und zwar, ohne die Paragrafen zu erledigen. Nach einigen Tagen wird man erneut eine Einigung versuchen. So geht denn die Arbeit am Gesetzentwurf weiter.

Im Bildungsausfluß des Reichstages begann die Ausarbeitung der die ausführenden wären, wenn der Entwurf des Reichsschulgesetzes durch den Reichstag angenommen wäre.

## Reichsinnenminister von Reudell

gab im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der er zunächst mitteilte, daß auch nach der gegebenen Anfrage bei den Ländern es sehr schwer sei, die entstehenden Kosten richtig einzuschätzen. Der Minister fuhr fort:

Die Reichsregierung betrachtet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und den Gemeinden, denen die Aufbringung der Schulkosten obliegt, Mehrkosten verursachen kann. Angelehnt der geplanten Finanzlage der Länder und der Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige

## Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark

in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Ueberleitung der zurzeit bestehenden Schulverhältnisse namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden in den neuen Rechtszustand zu erleichtern. Ein voller Ersatz der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes etwa erfordert, insbesondere eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Mehrkosten für aus grundsätzlichen

colorchecker CLASSIC

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100

## Die Diplomatenaufbahn.

Neu-deutsche Konsulate.

Im Außenministerium des Reichstages führte Außenminister Dr. Brüning die Beratung des Entwurfs des Auswärtigen Amtes aus, daß bei den Wählern der angehenden Mittelschicht mit Sorgfalt darauf gesehen werde, daß in dem Prüfungsplan die wirtschaftlichen Fragen eine besondere Rolle spielen. Der Minister warnte davor, das System der Sozialkassen auszubehnen. Für die übrigen Mittelschicht sei es dann nicht einzusehen, warum sie erst eine fortgeschrittene volkswirtschaftliche Ausbildung erzielten, wenn man dann nachher doch besondere Sozialkassen für diesen Dienst in die Verordnungen einleitete.

Der Minister versicherte dann zur Frage der Auswahl der Mittelschicht, daß bei der Zulassung zur diplomatischen Laufbahn eine Differenzierung der Mittelschicht nach ihrem Stande oder nach ihrem Elternhaus in keiner Weise stattfinden werde. Erlaubt ist es, wie wenig Söhne von Kaufleuten sich für den diplomatischen Dienst melden. In der Hauptsache seien die Bewerber Söhne von Beamten und aus Adelkreisen. Der Prozentsatz der Berücksichtigung des Adels entspreche aber nicht dem Prozentfuß der Annahmen, sondern sei viel niedriger.

Nach längerer allgemeiner Aussprache wurde ein kommunikativer Antrag, die Vorrichtung am Balken zu freieren, abgelehnt. Bewilligt wurden die neuen deutschen Konsulate für das Amazonasgebiet (Brasilien), Ostafrika (Japan), Ostindien (Korea-Japan), Ostindien (Siam) und Westindien (Siam), die in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Reichstag des Auswärtigen Amtes wurde darauf genehmigt. Auch wurde ein neuer Titel in die einmaligen Ausgaben eingefügt, wonach für die Deutsche Liga für den Völkerbund 60 000 Mark bewilligt werden.

## Ausmaßnahmen gegen die Landwirtschaft

Vor erbauartigen Beschäftigten.

Über die vorgeschlagene Kredithilfe für die Landwirtschaft beriet abends der Interfraktionale Ausschuss des Reichstages. Anwesend waren auch Reichsfinanzminister Dr. A. Höpfer und Reichsernährungsminister Schiele. Im großen und ganzen war man sich einig über die zu treffenden Maßnahmen, doch kam man vor der einschneidenden Unterbrechung der Besprechungen noch nicht zu festen Beschlüssen.

Die Ausmaßnahmen für die Landwirtschaft sollen sich nach drei Richtungen erstrecken. Zunächst ist an eine Übernahme der Verzinsung der Rentenbankkredite durch das Reich gedacht. Die Höhe dieser vom Reich zu übernehmenden Verzinsung beträgt schätzungsweise 70 bis 75 Millionen Mark. Sodann hat man an die Bereitstellung von Zwischentrediten gedacht, die es der Landwirtschaft ermöglichen sollen, Auslandsanleihen zu übernehmen. Das Reich würde in diesem Falle einen bestimmten Prozentsatz von dem Zinsfuß auf sich nehmen, während die Landwirtschaft den Rest zu tragen hätte. Drittens wird die Wiederbeschaffung von Streulandflächen als unumgänglich notwendig bezeichnet.

Die Verhandlungen ergaben Übereinstimmung in den Steuerfragen. Hier wurde die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu den von Seiten der Reichsregierung als möglich angesehenen Maßnahmen erreicht. Wegen der Übernahme der Rentenbankkredite durch das Reich werden die Verhandlungen unter Hinzuziehung der Rentenbankkreditanstalt, der Preussentafel sowie des preussischen Landwirtschafts- und Finanzministers fortgesetzt werden. Hierbei wird die Frage der Zwischentreditübernahme durch das Reich für die genossenschaftlichen Kredite und die Einleitung der Umwandlung durch Auslandsanleihen zur Entscheidung gebracht werden. Fernerörtert wurden auch Winderhebung des Gefrierfleischkontingents und entsprechende Grenzsperrern für lebendes Vieh, Vereinfachung der Mittel zur Abfrage und Produktionsverbesserung auf dem Gebiete des Schweinemarktes.

## Rundgebung des Reichslandbundes.

Die Führer des Reichslandbundes waren Montag in Berlin und erließen an die Öffentlichkeit eine Erklärung, in der es heißt:

Wir würden keine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können, insbesondere nicht den Absatz eines politischen Handelsvertrages, der nur auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen werden kann. Wir werden unsere Betriebe so schnell als die Vertriebsform des einzelnen Betriebes es erlaubt auf die einfachste Form umstellen und alle nur irgendwo vernünftigen Ausgaben an Wägen, Maschinen, Kunststoffe unterlassen. Wir haben zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Reich, Finanzen, Steuern und Abgaben nur noch aus dem aufkommenden Ertragsüberschuss des Betriebes zahlen, es sei denn, daß ein Betriebinhaber noch Einkünfte aus anderen Vermögenswerten hat. Gegen eine zwangsweise Bereidigung aus landwirtschaftlicher Erzeugung, die nicht mehr weiter veredelt werden darf, sondern in unseren Händen zu verbleiben hat, werden wir von Fall zu Fall die uns nötig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

## Für Sparfamkeit der Stadtverwaltungen.

Auftrag des Stadtersttagsvorstandes.

Der Vorstand des Deutschen Städteages, der in Berlin zu einer Sitzung zusammentrat, nahm einstimmig eine Ent-